



## Wirtschaftsreformen in der DDR

### Möglichkeiten, Zwänge, Perspektiven

In welche Richtung die Wirtschaft der DDR sich entwickeln wird, wie tief die derzeit erkennbaren Reformbemühungen greifen und welche Auswirkungen die jüngsten Abkommen zwischen beiden deutschen Staaten über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, Reaktorsicherheit und Umweltschutz haben werden, ist für die Bundesrepublik von großem Interesse. Hier werden beträchtliche Erwartungen an die Ausweitung des Handels, an industrielle Kooperation, insbesondere nach dem joint venture-Modell, und an die Anläufe zu betrieblicher Zusammenarbeit geknüpft.

Dennoch läßt sich die Frage nach der künftigen Kursbestimmung der Wirtschaft im anderen Teil Deutschlands nicht eindeutig beantworten. Sie hängt nicht in erster Linie von den Gesetzen ökonomischer Rationalität ab. Vielmehr gilt für die DDR nicht anders als für die Bundesrepublik auch: Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung eines Landes sind eng aufeinander bezogen und bedingen einander. Eine dezentrale, im wesentlichen auf Markt und Wettbewerb aufgebaute Wirtschaft wie die der Bundesrepublik, setzt als politischen Ordnungsrahmen eine parlamentarische Demokratie und die Verfassung einer freiheitlich-mündigen Gesellschaft voraus. Eine zentral gesteuerte Wirtschaft, wie die der DDR hingegen, basiert auf einer Gesellschaftsordnung, in der Freiräume des einzelnen eingeschränkt und die Bürger im täglichen Leben in einem beträchtlichen Umfang Bevormundung und Zwang durch Partei und Staat ausgesetzt sind.

Will also die DDR ihre Wirtschaft mit Hilfe dezentraler Lenkungsinstrumente stärken, wird sie nicht umhin können, auch an ihrem Gesellschaftssystem Umbauten vorzunehmen.

In dieser Verknüpfung von ökonomischen und politischen Reformen liegt die ganze Brisanz des sozialistischen Reformdramas, das gegenwärtig in den meisten Ländern des Ostblocks zu beobachten ist. Für die Einschätzung seiner Erfolgsbestrebungen spielen die Reformbemühungen der ideologisch, politisch und wirtschaftlich bestimmenden Führungsmacht Sowjetunion naturgemäß eine besondere Rolle.

### Initiator Sowjetunion

In ihrer gegenwärtigen Verfassung ist es der sowjetischen Wirtschaft kaum noch möglich, ihre Arbeitsproduktivität zu steigern und weiteres Produktionswachstum zu erzielen. Das dazu bislang praktizierte System zentraler Anordnungen an die Planungs- und Wirtschaftsbürokratie ist insoweit gescheitert.

Um wirtschaftlich beweglicher zu werden und das von Gorbatschow noch kürzlich beschworene „Vorkrisenstadium“ der Sowjetunion überwinden zu können, muß deshalb vor allem die zentrale Anordnungs- und Verantwortungsebenen verlagert werden. Das kann jedoch nur dann mit Aussicht auf Erfolg geschehen, wenn auf allen Ebenen der Wirtschaft ein ganz persönliches Interesse der Menschen an qualitativer und quantitativer Verbesserung geweckt wird.

Das eigentlich Neue an der von Parteiapparat und Wirtschaftsbürokratie argwöhnisch beobachteten Innenpolitik Gorbatschows besteht darin: Sie nimmt diese Erkenntnis offenbar ernst und sucht die beabsichtigten ökonomischen Reformen (siehe Kasten) durch politische Lockerungen in bisher nicht gekanntem Umfang abzusichern. Vor diesem Hintergrund sind manche der erkennbaren Elemente von „Perestrojka“ und

„Glasnost“ nichts anderes als der Versuch, das unerläßliche Umfeld für die Heranbildung wirtschaftlich denkender und handelnder Bürger zu schaffen. Dazu gehören unter anderem die Tendenzen zu einem flexibleren Wahlsystem und zu mehr individueller Rechtssicherheit, die Möglichkeiten einer offeneren Kritik an den gesellschaftlichen Zuständen, die bessere Versorgung und eine größere kulturelle Öffnung des Landes.

### Aus den Reformvorstellungen für die sowjetische Wirtschaft

- Mehr wirtschaftliche Beweglichkeit innerhalb staatlicher Rahmenplanung.
- Gewinn als ökonomisches Effektivitätskriterium.
- Steuern als Moment indirekter Planung.
- Aushandeln von Preisen auf der Grundlage von Angebot und Nachfrage.
- Bestimmung der Löhne in den Unternehmen.
- Eigenverantwortliche Planung der Investitionen auf betrieblicher Ebene.
- Gemischtwirtschaftliche Betriebe mit westlicher Beteiligung bis zu 49%.
- Großhandel als Partner der Industrie.
- Aber: Kontrolle durch Partei und Staat bleibt ausdrücklich gesetzlich verankert.

Sicher weisen einige der beabsichtigten Neuregelungen für den Übergang von den bisher praktizierten administrativen zu mehr ökonomischen Methoden eher psychologisch-propagandistische Züge auf – wie die in Aussicht gestellte Schließung unrentabler Betriebe oder die Wahl sämtlicher betrieblicher Vorgesetzter. Doch wie immer sich Preis- und Finanzierungssystem, Leitungsstrukturen und Managementmodelle

im einzelnen entwickeln: Es ist vor allem die Verknüpfung von wirtschaftlichen mit politischen Reformmaßnahmen, die den derzeit eingeschlagenen Weg der sowjetischen Führung auch und sogar besonders für die Bürger anderer Ostblockstaaten so vielversprechend erscheinen läßt.

### Ausstrahlung auf die DDR?

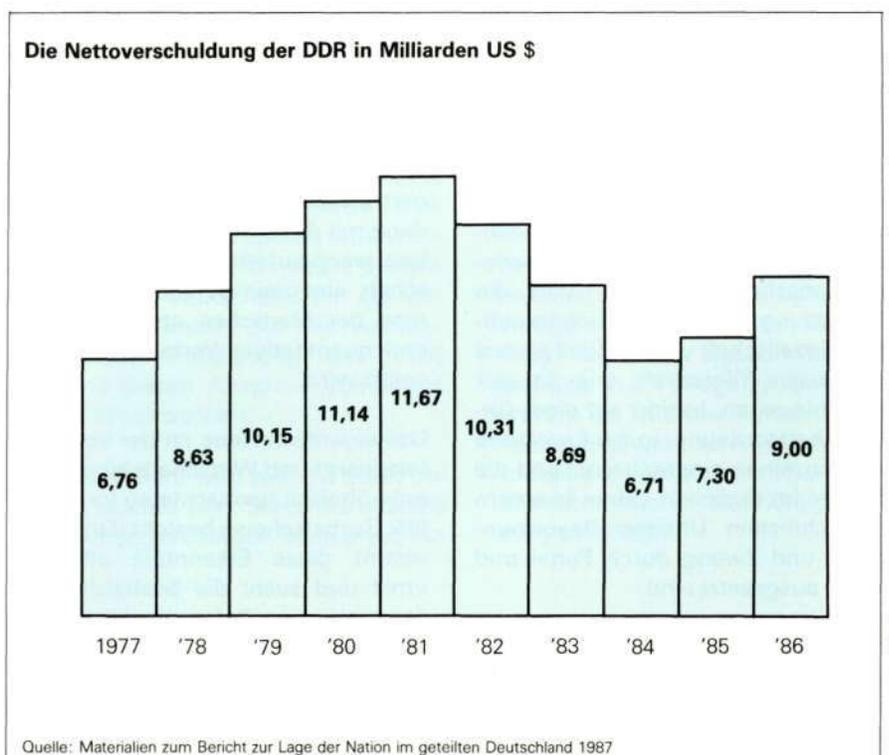
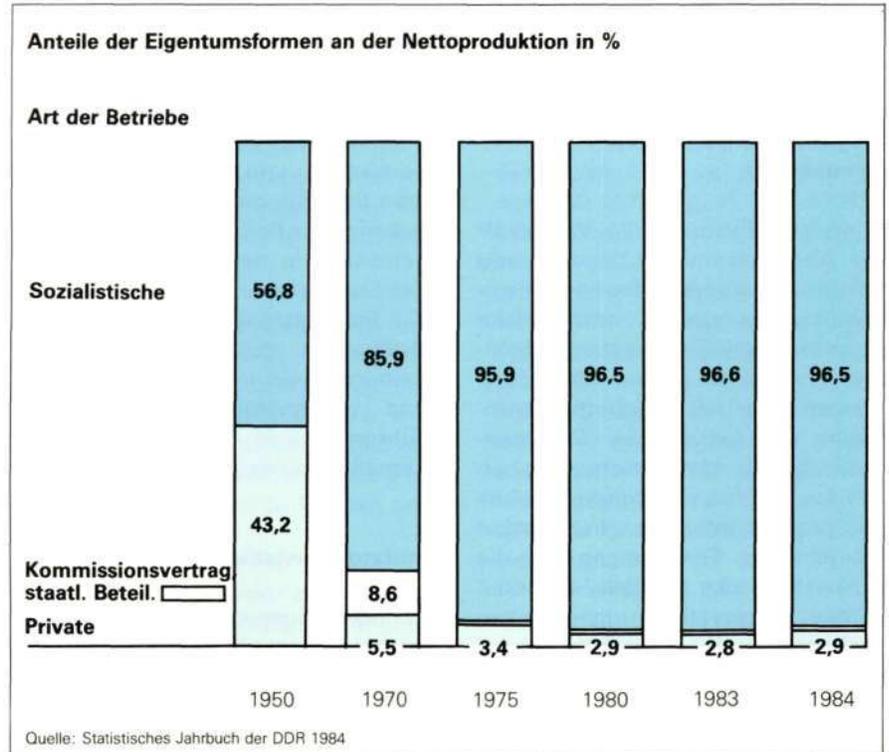
Für den Bereich der DDR ist allerdings festzuhalten: Einige der in der Sowjetunion angestrebten wirtschaftlichen Veränderungen sind dort bereits Realität:

- Es gibt Privateigentum in Kleingewerbe, Handwerk, Handel und bei bestimmten Dienstleistungen. Heute zählen mehr als 80000 private Handwerksbetriebe insgesamt rund 423000 Beschäftigte. Mit ihrer vor zehn Jahren eingeleiteten Förderungspolitik gelang es der DDR-Führung, den Schrumpfungsprozeß der Privatbetriebe zu verlangsamen (siehe Tabelle).
- Das betriebliche Rechnungswesen („Wirtschaftliche Rechnungsführung“ und „Selbstfinanzierung“) ist in der DDR ausgebaut; der Schichtbetrieb hat sich durchgesetzt.
- Die Unternehmensform des Kombinats, so wie sie in der DDR praktiziert wird, steht sogar für die sowjetische Reform Pate.

Dennoch wird auch die DDR angesichts des Gesamtzustands ihrer Wirtschaft nicht umhin können, umfassende und gründliche Reformen einzuleiten. Weniger der Sog der sowjetischen Maßnahmen, der insoweit allerdings hilfreich sein dürfte, als die eigenen ökonomischen Sachzwänge machen das erforderlich.

### Ökonomische und politische Zwänge für die DDR

Die DDR ist das von der Sowjetunion politisch am stärksten abhängige Land. Ihre ökonomische Lage und ihre wirtschaftlichen Aussichten sind



unter den gegebenen Umständen nicht so glänzend, wie es propagandistisch dargestellt wird:

- Der technologische Rückstand gegenüber den westlichen Industriestaaten ist beträchtlich, der Modernisierungsbedarf entsprechend groß. Der Abstand zur Entwicklung der Produktivität in der Bundesrepublik vergrößert sich in vielen Bereichen immer mehr.
- Aufgrund der außenwirtschaftlichen Verpflichtungen der DDR stagnierte in den letzten Jahren die Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern. Die Nettoverschuldung nahm wieder zu (siehe Schaubild).
- Sämtliche Produkte, mit denen die DDR westliche Industriestaaten, insbesondere die Bundesrepublik, beliefert, könnten auch von den anderen Staaten, vor allem von den Schwellenländern, geliefert werden.
- Die Sowjetunion benötigt für ihre Reformen Geld und ökonomische Hilfe. In ihren Augen ist die DDR von allen sozialistischen Ländern dazu am besten in der Lage. Deren Möglichkeiten zum Erwerb dringend benötigter Devisen werden dadurch weiter eingeschränkt.
- Die DDR steht unter innen- und außenpolitischem Druck zur Einführung und Verbesserung ihrer Umweltschutzmaßnahmen; damit kommen ungewöhnlich hohe Kosten auf das System zu (siehe Tabelle).

Andererseits ist es der DDR-Führung nicht mehr möglich, wirkliche ökonomische Verbesserungen noch auf dem im letzten Jahrzehnt eingeschlagenen Weg zu erreichen. Sie steht insoweit jedenfalls vor dem gleichen Grundproblem wie die Sowjetunion und die übrigen Länder des Ostblocks: Das vorhandene Anreiz- und Kontrollsystem reicht nicht mehr aus, die Produktion zu stimulieren. Vor allem die entscheidenden wissenschaftlich-technischen Innovationen lassen sich immer weniger durch bürokratische Anweisungen herbeiführen. Zwar hat die DDR in den letzten Jahren ihre Wirtschafts-

**Schwefeldioxid- und Stickstoffoxid-Emissionen  
in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR 1982**

in 1000 t	Schwefeldioxid		Stickstoffoxid	
	BRD	DDR	BRD	DDR
Kraftwerke/Heizwerke	1,860	2,911	860	279
Industrie	750	1,064	430	157
Haushalte/Kleinverbraucher	280	950	110	38
Verkehr	110	18	1,700	96
<b>Insgesamt</b>	<b>3,000</b>	<b>4,943</b>	<b>3,100</b>	<b>570</b>
Menge je				
- qkm in t	12,1	45,6	12,5	5,3
- Einwohner in kg	48,7	296,0	50,3	34,1

Quelle: Dritter Immissionsschutzbericht der Bundesregierung 25.2.1984. Berechnungen des DiW

lenkung weiter zentralisiert und dafür auch die Lenkungsinstrumente verbessert. So wurde insbesondere das System der ökonomischen Kennziffern verfeinert, mit deren Hilfe die Produktion der Kombinate verglichen und ein Netz von Orientierungsdaten für die Betriebe und Kombinate erstellt werden kann. Doch gerade einige der Maßnahmen der letzten Jahre – wie die Förderung von „Schlüsseltechnologien“ und die Forcierung von Investitionen und Materialeinsparungen – haben bewiesen, daß auf dem bislang eingeschlagenen Weg nachhaltige Verbesserungen kaum noch zu erreichen sind.

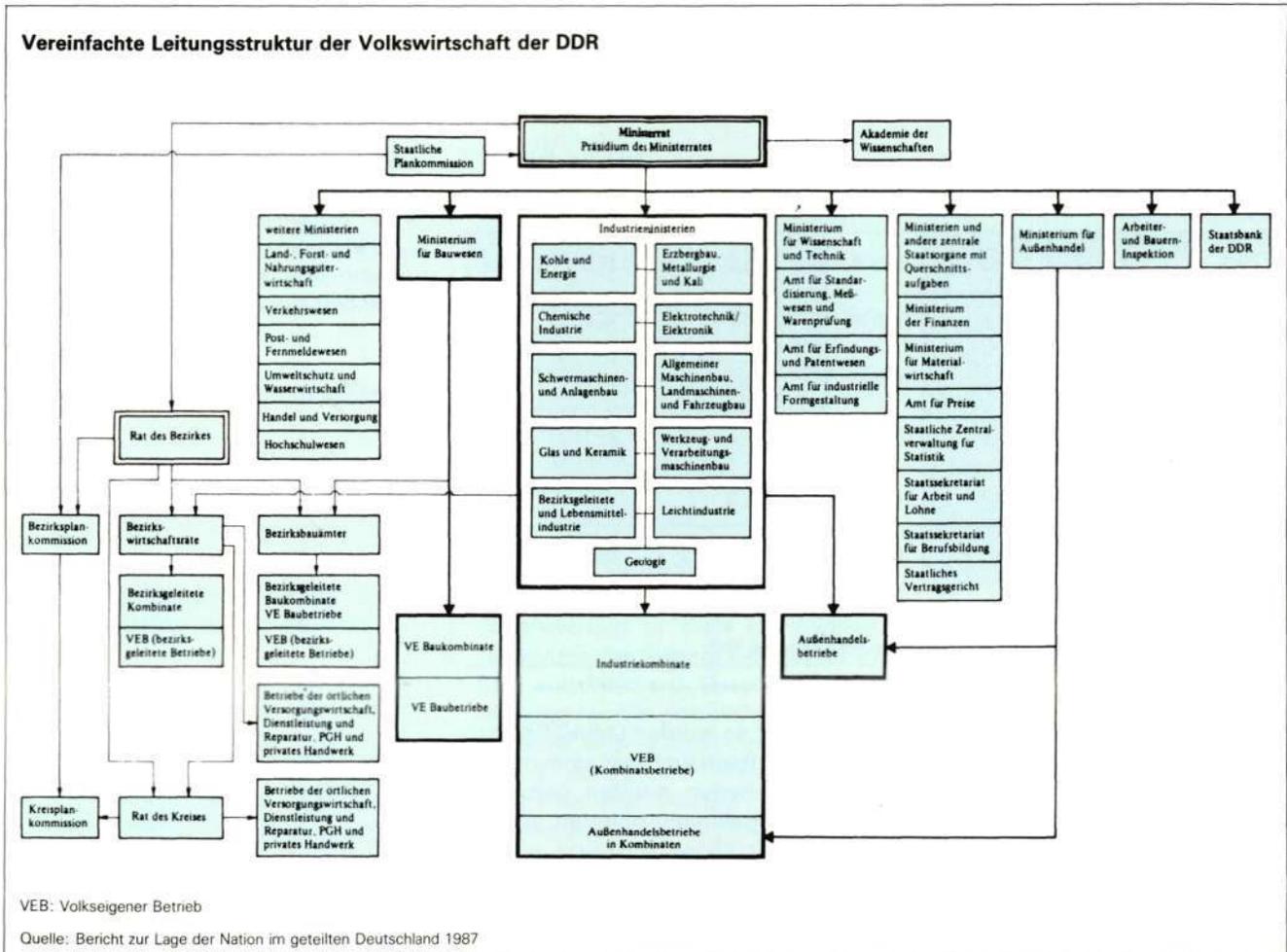
**Gesellschaftspolitische  
Rahmenbedingungen ökonomischer  
Veränderungen in der DDR**

Bei der gegenwärtigen Machtkonstellation muß davon ausgegangen werden: Politische und gesellschaftliche Veränderungen werden von der Staats- und Parteiführung der DDR nur insoweit vorgenommen oder zugelassen, als sie letztlich das vorhandene Herrschaftssystem stützen und sichern. Nicht anders handelt, auch heute, die Sowjetführung. Das bedeutet: Die Macht der kleinen Führungsspitze in Partei-, Staats- und Sicherheitsapparat wird im wesentlichen unangetastet bleiben. Auch wird der größte Teil der Wirtschaft

**Bisherige Wirtschaftsreformen  
in der DDR**

- 1952–55: ökonomisch-operative Selbständigkeit der staatlichen Betriebe; Vertragssystem zur Ergänzung der zentralen Planung.
- 1963–70: Verlagerung der Einzelplanung auf Industriezweigebene; Nettogewinn als Zielmaxime; verstärkte Einführung monetärer Größen als Effektivitätskriterien.
- 1971: Erneute Zentralisierung und Bildung von rund 130 Kombinate, die den Hauptteil der Produktion umfassen; Ausbau der Bilanzierung in der Planung; zahlreiche Preisveränderungen.
- 1983: Einführung eines verfeinerten Kennziffernsystems; weitere Preis- und Lohnreformen.

weiterhin in Staatsbesitz und damit dem direkten Einfluß der Führungsspitze und ihrer staatlichen Planung unterworfen bleiben. Die dominierende Rolle der kommunistischen Partei wird nicht aufgehoben werden, und ebensowenig werden grundlegende demokratische Veränderungen durchgeführt. Es wird versucht werden, die ideologische Legitimation des Systems weiter aufrechtzuerhalten. Dies ist für die DDR-



Führung schon deshalb notwendig, weil es andernfalls gegenüber der Bundesrepublik kaum eine Rechtfertigung für einen selbständigen Staat gäbe.

### Ökonomische Umgestaltung in der DDR

Angesichts dieser Gegebenheiten – des ökonomischen Sachzwangs auf der einen und der politischen Systembehauptung auf der anderen Seite – bleibt der SED-Führung nur die Möglichkeit der schmalen Gratwanderung hin zur Dezentralisierung, mit deren Hilfe den einzelnen Wirtschaftseinheiten zunehmend Selbständigkeit eingeräumt wird.

Es gibt hinreichend Anzeichen dafür, daß dieser Weg auch tatsächlich eingeschlagen und weiter begangen

wird. In der Logik dieser Bewegung liegen folgende Maßnahmen:

#### Lohn- und Preisveränderungen:

Zunächst liegt ein Abbau der Preisaufschläge und Preissubventionen bei Konsumgütern nahe. Das würde Preis- und Aufwandsvergleiche sowie saisonal und konjunkturell bedingte Schwankungen der Preise ermöglichen. Bodenpreise und Preise für Naturressourcen würden obendrein zu einem rationelleren Umgang mit diesen Gütern führen.

Auf dem Einkommenssektor würde eine entschiedene Differenzierung der Löhne unter Berücksichtigung der beruflichen Qualifikation, der Verantwortungen und Anforderungen wesentlich zur Erhöhung der Leistungsbereitschaft beitragen.

#### Konsequente Zulassung privater Betriebe:

In Fortführung bisheriger Ansätze dürfte sich die Zulassung privater Klein- und Mittelbetriebe von Gewerbe, Landwirtschaft, Handel und im Dienstleistungsbereich verstärken. Die neuen Technologien bieten dafür günstige Voraussetzungen. Der Bedarf in der DDR ist vorhanden. Die Investitionspolitik müßte dafür entsprechende Schwerpunkte setzen. Die Konkurrenz zu den Kombinate wäre eine weitere erhoffte Stimulierung. Auch eine außenwirtschaftliche Stärkung der DDR könnte damit einhergehen.

Allerdings müßte auch die Steuergesetzgebung grundlegend geändert werden, damit eine betriebswirtschaftliche Führung derartiger Un-

**Regionalstruktur der DDR-Außenhandels-Anteile in %**

		Einfuhr %		Ausfuhr %			
Westliche Industrie- Länder	andere sozialist. Länder	UdSSR	Jahre	UdSSR	andere sozialist. Länder	Westliche Industrie- Länder	
23,3	29,1	43,6	1956-60	43,0	32,9	20,3	
20,1	28,4	47,5	1961-65	44,7	32,2	18,9	
23,9	29,9	42,3	1966-70	39,9	34,7	20,8	
30,9	31,0	33,9	1971-75	36,6	36,1	23,2	
29,0	30,7	35,2	1976-80	35,2	37,4	21,9	
28,9	26,5	40,4	1981-82	36,2	28,7	29,3	

Quelle: Materialien zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland 1987

werden sie für ein anderes Niveau der Wirtschaftsentwicklung benötigt. Auch die Zinswirksamkeit der Kredite müßte wiederhergestellt werden.

Der Außenhandel (siehe Bild) dürfte sich in einem allmählichen Prozeß von der einseitigen Fixierung auf die Sowjetunion lösen, freilich wohl nur, wenn und so weit Wachstum und Handelsausdehnung möglich sind.

ternehmen überhaupt erst möglich wird.

**Möglichkeiten zur eigenständigen Bewegung der Kombinate und Betriebe:**

Es ist nicht davon auszugehen, daß die DDR-Führung Form und Bedeutung der Kombinate wesentlich zurückdrängen wird. Auch die generelle Veränderung des Allokationsmechanismus ist ebensowenig in Sicht wie die Beschränkung auf eine nur grobe Rahmenplanung.

Naheliegend sind jedoch flankierende, ausbauende Maßnahmen zu der bisher schon erkennbaren Tendenz, den Wirtschaftseinheiten größere Beweglichkeit und damit die Möglichkeit zur Kosteneinsparung einzuräumen. Die bis jetzt unternommenen Schritte zu Lohneinsparungen scheiterten daran, daß es so gut wie unmöglich war, Mitarbeiter zu entlassen. Durch die Entwicklung der Ämter für Arbeit hat sich die DDR in den letzten Jahren dafür eine organisatorische Voraussetzung geschaffen.

Entsprechende Regelungen zur finanziellen Abstützung müßten erfol-

gen. Nur so würden Lohndifferenzierungen überhaupt erst sinnvoll werden. Weiterhin müßten dazu klare Steuerregelungen gehören, um das unübersichtliche Gestrüpp von betrieblichen Abführungen an den Staat zu beseitigen. Der schon existierende Großhandel dürfte ausgebaut und den Kombinate ökonomisch gleichgestellt, der Ex- und Import in erheblichem Umfang von Wirtschaftseinheiten eigenverantwortlich durchgeführt werden.

**Veränderungen im Geld- und Finanzsystem:**

Die Veränderungen, die in diesem sensitiven Bereich anstehen, werden breit gefächert sein müssen. Von den sich dabei abzeichnenden Entwicklungen seien nur einige genannt: Zum einen der Eintritt der DDR in den Internationalen Währungsfond (IWF) und in die Weltbank. Über beides wird bereits seit Jahren unter Experten diskutiert. Aus der Staatsbank dürften Branchenbanken ausgegliedert und Genossenschaftsbanken teilprivatisiert werden. Derartige Strukturen waren in der Vergangenheit bereits einmal vorhanden, jetzt

**Fazit:**

- Die gegenwärtig eingeleitete Politik der sowjetischen Führung, wirtschaftliche und politische Reformen miteinander zu verknüpfen, hat erkennbare Ausstrahlung auf die anderen Ostblockstaaten.
- Die sowjetischen Reformmaßnahmen sind dennoch nur sehr begrenzt als Vorbild für die DDR geeignet. Bei ihr sind einige der in der Sowjetunion angestrebten Veränderungen bereits Realität.
- Um den Abstand in der Arbeitsproduktivität zum westlichen Ausland nicht weiter zu vergrößern, muß aber auch die DDR ihr Lenkungssystem in Richtung auf mehr Dezentralität reformieren.
- Bei allen notwendigen Reformen gilt aber sowohl für die Sowjetunion wie für die DDR, daß wirtschaftliche und politische Veränderungen nur insofern durchgeführt werden, als das Herrschaftssystem dadurch nicht gefährdet wird.

## Ausblick:

Die hier skizzierten Veränderungen am Wirtschaftssystem erscheinen möglich und liegen in der inneren Logik der angebahnten Entwicklung. Zwingend und damit verlässlich prognostizierbar sind sie indes nicht. Dafür ist die gesamte Weiterentwicklung der DDR zu stark solchen Faktoren unterworfen wie

- der Abhängigkeit von der Sowjetunion,
- den block- und weltpolitischen Entwicklungen sowie
- den sozialpolitischen Spannungen im Innern aufgrund der wirtschaftlichen Strukturverschiebungen.

Vor allem aber ist noch schwer abzuschätzen, in welchem Umfang die auf bessere Information und größere Selbständigkeit des Einzelnen zielenden politischen Lockerungen eingeführt werden, ohne die alle ökonomischen Reformen letztlich wirkungslos bleiben.

Wissenschaftler und Techniker werden kaum schöpferisch-innovativ tätig sein, wenn sie sich nicht umfassend und frei über ihre Fachgebiete, über kulturelle und politische Entwicklungen im eigenen Land und in der übrigen Welt informieren können. Gleiches trifft auf die Förderung von Privatbetrieben zu. Auch persönliche Rechtssicherheit und Loslösung aus der perfektionierten Umklammerung durch den Staat zählen zu den Grundlagen eigenständiger Wirtschaftsentwicklung. Kein privater Eigentümer wird Kapital anlegen, wenn er nicht von seiner Rechtssicherheit überzeugt werden kann.

Wirtschaftliche Umgestaltungen müssen also einhergehen mit Veränderungen der rechtlichen Regelungen, der Informationspolitik, der Unabhängigkeit der Privatsphäre und mit Möglichkeiten ökonomischer Selbständigkeit.

Ob und vor allem inwieweit die SED-Führung Veränderungen herbeiführt, läßt sich nicht mit Bestimmtheit sagen. Das hängt letztlich von ihrer Einschätzung der Auswirkungen ab – ob sie glaubt, diese Entwicklung unter Kontrolle halten zu können oder nicht.

Daß schon der Ansatz zu einem Demokratisierungsprozeß Sprengkraft entfalten und zu einer potentiellen Gefahr für das System werden kann, liegt auf der Hand. Gerade die Verbindung von ökonomischen und politischen Bewegungen enthält Elemente, die in ihrer Weiterentwicklung über den Sozialismus hinausweisen. Sie basieren nicht mehr auf den Grundlagen des Systems. Darin besteht die Eigenart jeglicher sozio-ökonomischen Entwicklung in den sozialistischen Ländern der Gegenwart. Darin liegt auch die Gefahr einer Legitimationskrise. Das sozialistische System der DDR legitimiert sich seinen Bürgern gegenüber durch den Anspruch, die überholte ökonomische und politische Ordnung der Bundesrepublik überwunden zu haben und mit ihrem System allein dem deutschen Volk die Zukunft zu weisen. Die hier nachgezeichnete Entwicklung der DDR könnte diesen Anspruch zumindest stark abschwächen.

Dieser Gefahr wird sich die SED-Führung bewußt sein. Sie dürfte deshalb darauf setzen, diesen ökonomischen

und geistigen Prozeß zu beherrschen und das sozialistische System zu verbessern und zu stärken. Es entspricht der Dialektik dieser Situation, daß die DDR auf längere Zeit am Kern ihres politisch-gesellschaftlichen Systems festhalten muß, um wirtschaftliche Reformen einleiten zu können. Die oft genannten beiden Pole des Lebensgesetzes der DDR – soviel Öffnung wie möglich und soviel Abgrenzung wie nötig – gelten nicht nur außen-, sondern auch innen- wie wirtschaftspolitisch. Das macht zugleich deutlich, wie schmal der Grat für diese Reformen ist, wieviel langer Atem für diesen Weg erforderlich ist und wieviel Einsicht in die Zusammenhänge aufgebracht werden muß – auch auf Seiten der Bundesrepublik.

Es kann der politischen Öffentlichkeit der Bundesrepublik schon deshalb nicht daran gelegen sein, daß in der DDR politische Instabilität, ökonomische Krisen und unzumutbare Lebensbedingungen herrschen. Der Einfluß von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft der Bundesrepublik und die von hier aus mögliche Klimasteuerung müssen daher darauf gerichtet sein, diejenigen ökonomischen und politischen Veränderungen in der DDR zu unterstützen, die innerhalb des Systemzusammenhangs des anderen Teils Deutschlands sinnvoll sind und machbar erscheinen. Nur wenn erkannt wird, welche Möglichkeiten der DDR-Führung nach ihrem eigenen Selbstverständnis zur Verfügung stehen und welche sie aus dieser Konstellation heraus ergreifen kann, vermag auch unsere politische und wirtschaftliche Einflußnahme in die richtige Richtung zu wirken.